Bürgerinitiative in den Startlöchern

14.12.2006 00:00 von Bi-Bahntrasse

Bürgerinitiative in den Startlöchern

Roland Rehmann ruft die Bürger dazu auf, Einwendungen gegen die von der Bahn favorisierte Bündelungstrasse vorzubringen

VON MANFRED DÜRBECK

Lahr. Die Gründung einer eigenen Lahrer Bürgerinitiative gegen die bestehenden Pläne der Bahn zum Ausbau der Rheintalstrecke steht unmittelbar bevor. Roland Rehmann, Initiator des Widerstands, ist überzeugt, dass den Menschen an der bestehenden Trasse nur autobahnparallele Gleise für den Güterverkehr zuzumuten sind.

»Man muss endlich echte Zahlen auf den Tisch legen und uns nicht weiter verdummebeuteln.« Ebendies, so Rehmann habe die Bahn mit ihren bisherigen Argumenten pro Bündelungstrasse mit den Anliegern getan. »Die Durchschnittswerte zur Lärmbelästigung bringen uns gar nichts«, sagt er und öffnet zum Beweis das Fenster, als gerade ein Personenzug an seinem Haus vorbeifährt. »Da könnten auch doppelt so viel vorbeifahren, das würde keinen stören. Aber bei Güterzügen hören sie auch bei geschlossenem Fenster auf zu schwätzen. Da fliegen ihnen die Ohren weg.« Unredlich sei der Versuch der Bahn, die Belastung auf einen Mittelwert herunter zu rechnen. Eine realistische und ergebnisoffene Überprüfung der beiden Trassenvarianten durch die Bahn hatte unlängst auch der Lahrer Gemeinderat mit großer Mehrheit gefordert.

Ziel der Bürgerinitiative, deren Befürworter heute Abend zu einem (nichtöffentlichen) ersten Treffen zusammenkommen wollen, ist es, die Planungen der Bahn an die Bedürfnisse der Menschen entlang der Trasse anzupassen und nicht umgekehrt. Für Rehmann ist klar, dass die Bündelungstrasse die Anrainer entlang eines ein Kilometer breiten Korridors schwer belasten wird. Eine Abhilfe könne nur die Verlegung der beiden neuen Gleise parallel zur Autobahn bieten. »Dieser Gedanke ist nicht neu. Schließlich hat man die A 5 aus den gleichen Gründen nicht durch die Städte geführt«, heißt es in einem Memorandum Rehmanns.

Die bisherigen Überlegungen der Bahn seien vielleicht wirtschaftlich sinnvoll, vom Volkswirtschaftlichen her gesehen seien sie es nicht. Rehmann fürchtet, dass die Bahn im Vorfeld ihrer Privatisierung günstige Zahlen vorlegen möchte – und dabei die Interessen der Anlieger aus den Augen verliert. Kritik übt er auch an der Politik, die der Bahn mit dem Schienenbonus Vorteile gewähre, die längst nicht mehr zeitgemäß sind: »Die fünf Prozent Lärmerlass erhielt sie, als die Züge gerade mal 80 Stundenkilometer fuhren, man bedenke, dass diese fünf Prozent heute auf 250 Stundenkilometer angewandt werden. Gleiches gilt für Güterzüge, die heute doppelt so lange sind wie damals.«

Der Anlieger leidet unter Spitzen-, nicht unter Mittelwerten

Vor diesem Hintergrund ruft Roland Rehmann die Bahn auf, sich den Argumenten der Bürgerinitiative zu stellen: »Es muss respektiert werden, dass ein tatsächlicher Geräuschpegel von 80 Dezibel als Spitzenwert existent ist, wenn es ihn gibt, auch dann, wenn im Mittelwert und dank Abschlägen nur 50 Dezibel herauskommen. Der Mensch, der diesen Werte nachts – oder auch tagsüber – erdulden muss, wird davon

Schäden tragen, Mittelwert hin oder her.« Für Unsinn hält Rehmann die Argumente der Befürworter einer Bündelungstrasse, nur so könne für die Anlieger ein optimaler Lärmschutz gewährleistet werden. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass die leisen Personenzüge auf der Neubaustrecke entlang der A 5, und die lauten Güterzüge ohne weiteren Lärmschutz auf der alten Strecke fahren. »Das ist doch blanker Unsinn, der nur zeigt, dass sich die Leute noch nicht mit der Materie befasst haben. Die Personenzüge müssen an den Bahnhöfen halten, Güterzüge nicht.« Zusätzlich hätten Anlieger an der Autobahn den Vorteil, dass mit der autobahnparallelen Trasse zugleich Lärmschutzmaßnahmen gebaut werden müssten. Rehmann ruft die Lahrer auf, sich auch im Interesse künftiger Generationen mit Einwendungen gegen die Bahnpläne zur Wehr zu setzen. Rund 80 sind in den vergangenen acht Tagen dem Aufruf gefolgt. Einwendungen müssen bis spätestens Dienstag, 19. Dezember, beim Regierungspräsidium eingegangen sein.